



26. März 2025

Postulat

von Tanja Maag (AL),
Urs Riklin (Grüne)
und Sophie Blaser (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Bericht zu erstatten, der den Prozess bzw. die Governance zur Wahl der neuen Direktion bei der Zürcher Filmstiftung kritisch beleuchtet. Dabei stehen drei Punkte im Fokus: Die Verantwortlichkeiten für das fragliche Wahlvorgehen der neuen Direktion bei der Zürcher Filmstiftung, die bestehenden Governance-Mechanismen und mögliche Desiderata hierbei, sowie Verbesserungsansätze, welche für Good Governance-Praktiken der städtischen Vertretungen in Drittinstitutionen notwendig sind.

Begründung:

Die Ernennung von Hercli Bundi in die Direktion der Zürcher Filmstiftung (ZFS) im September 2024 hat in der Filmwelt und darüber hinaus hohe Wellen geschlagen. Für das Auswahlverfahren nahm Stadtpräsidentin Corine Mauch zusammen mit Regierungsrätin Jacqueline Fehr in einer Findungskommission Einsitz, die durch einen dritten, hochbefangenen Stiftungsrat ergänzt wurde. Es handelt sich hierbei um einen Geschäftspartner der Verleihfirma Vinca Film, bei der Hercli Bundi bis zu seiner Ernennung in die Direktion der ZFS als Geschäftsführer fungierte.

Gemäss Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage (GR 2024/452) hat «das betreffende Mitglied der Findungskommission zu Beginn des Auswahlverfahrens seine Verbindungen zum Kandidaten, der als Geschäftsführer gewählt wurde, transparent gemacht. Diese Information hat den gesamten Stiftungsrat, inklusive die Stadtpräsidentin, aber nicht früh genug erreicht.»

Nach diversen, für die Öffentlichkeit schwer nachvollziehbaren Vorkommnissen wie beispielsweise um die Sammlung Bühle – Kunsthaus oder die Pfauenbühne, muss die Rolle und Verantwortlichkeit der Stadtpräsidentin und ggf. weiteren städtischen Vertretungen in dem mit Mängeln behafteten Auswahlverfahren bei der ZFS beleuchtet werden. Die Mechanismen für eine Good Governance scheinen vielerorts nicht oder nicht ausreichend gut zu funktionieren. Deshalb soll der Bericht einschliessen, inwiefern die Mechanismen für eine Good Governance durch die städtischen Vertretungen in Drittinstitutionen zu verbessern sind.


S. Blaser


U. Riklin